



Zentrum für
zivilgesellschaftliche
Entwicklung

Beteiligung vor Ort – Kommune gemeinsam gestalten!

Gute Beispiele und wirksame Methoden

11. und 12. Oktober 2012

Mannheim

Dokumentation

gefördert von



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Europäisches Jahr für **aktives Altern**
und **Solidarität zwischen den Generationen 2012**



DEUTSCHER
LANDKREISTAG

in Kooperation mit



DStGB
Deutscher Städte-
und Gemeindebund

Beteiligung vor Ort –

Kommune gemeinsam gestalten!

Gute Beispiele und wirksame Methoden

Anlässlich des „Europäischen Jahrs für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen“ 2012 lud das Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung Freiburg (zze) zur Tagung „Beteiligung vor Ort – Kommune gemeinsam gestalten! Gute Beispiele und wirksame Methoden“ am 11. und 12. Oktober Vertreter/innen aus Politik, Verwaltung Wirtschaft und Bürgerschaft nach Mannheim.

Gefördert wurde die Tagung vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund und der Deutsche Landkreistag konnten als Kooperationspartner gewonnen werden.

Am ersten Tag bildeten konkrete Ansätze und Projektbeispiele zur Förderung von Beteiligung den Schwerpunkt. Am zweiten Tag wurden Handlungsstrategien für die kommunale Ebene präsentiert und diskutiert.

Programm

Donnerstag 11.10.2012

12.30 – 13.15 Uhr **Ankunft und Bewirtung**

13.15 – 13.45 Uhr **Begrüßung**

Christoph Linzbach, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ursula Krickl, Deutscher Städte- und Gemeindebund

13.45 – 15.00 Uhr

Kommune gemeinsam gestalten – Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft im Gespräch

Michael Pelzer, Erster Bürgermeister der Gemeinde Weyarn

Anneliese Kron, seniorTrainerin Hamburg

Ursula Woltering, Sozialplanerin der Stadt Ahlen und Vorstandsmitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros

Michael Kargus, Lebensmut e.V. Berlin-Lichtenberg

Moderation: Prof. Dr. habil. Thomas Klie, Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung

15.00 – 15.30 Uhr **Break 1-DMax Streetdance und Pause**

15.30 – 17.00 Uhr **Parallele Themenwerkstätten**

Werkstatt 1: **Erhebung der Interessen und Anliegen von Bürger/innen**

Dorf-Café Hillscheid – Ideensammlung mit der Methode des Worldcafé

Hildegard Jöris, Vorsitzende der Bürgergemeinschaft Hillscheid MACH MIT e.V.

Älterwerden im Havelland

Elke Franke, Amtsleiterin Sozialamt Landkreis Havelland

Wunsch und Punsch – Bürgerbefragung auf dem Markt

Lydia Müller, Geschäftsführerin der Freiwilligen Agentur Kaiserslautern

Moderation: Susanne Kern

Werkstatt 2: **Herausforderungen und Chancen des demografischen Wandels**

Rolle der Wohnungswirtschaft?

Gerhard Kiechle, Vorstandsmitglied Bauverein Breisgau e.G., Freiburg

Verantwortung von Unternehmen?

Dr. Herbert Jochum, Vorsitzender des Beirats der August Faller KG, Waldkirch

Maßnahme zur Zukunftssicherung des ländlichen Raums

Reinhard Metsch, LEADER Aktionsgruppe Südschwarzwald

Moderation: Prof. Dr. habil. Thomas Klie

Werkstatt 3: **Bürgerbeteiligung und Verwaltung**

Bürgerbeteiligung in der Kommunalverwaltung etablieren: am Beispiel der Stadt Mannheim

Robert Erasmy, Stadt Mannheim – Fachbereich Rat, Beteiligung, und Wahlen

Konversion in Mannheim – Zukunftslotsen als ehrenamtliche Moderatoren

Prof. Dr. Ingrid Dörrer/Dipl.-Ing. Hans-Joachim Schröder, Konversion in Mannheim, Zukunftslotsen

Beteiligung ohne Mandat

Arno Thomas, Leiter der Sozialabteilung der Verbandsgemeinde Nastätten

Moderation: Prof. Dr. Ralf Vandamme

Werkstatt 4: **Förderung des Miteinanders der Generationen**

Entwicklung der Beteiligungsformen in Einrichtungen für Ältere – Runder Tisch Stuttgart

Irene Armbruster, Geschäftsführerin Bürgerstiftung Stuttgart

Drittes und Viertes Alter – Volunteers engagieren sich in der Altenhilfe

Inge Hafner, Altenhilfefachberatung-/Planung, Esslingen

Intergenerationelle Projekte im Kontext dezentraler offener Einrichtungen für ältere Menschen

Bärbel Fabig, Abteilungsleiterin für Senioren und Soziale Dienste beim Amt für Soziales und Senioren der Stadt Heidelberg

Moderation: Silke Marzluff

17.00 – 17.30 Uhr Gute Beispiele für wirksame Methoden – Gallery Walk

Präsentation der Ergebnisse aus den vier Werkstätten, Möglichkeit eigene Projekte vorzustellen

19.30 -21.00 Uhr Kinofilm: „Und wenn wir alle zusammenziehen?“

Einlass 19.00 Uhr Cinemaquadrat Mannheim

Freitag 12.10.2012

9.00 – 10.15 Uhr Begrüßung und Referate

Nachhaltige Verankerung der Beteiligung Älterer – Ergebnisse der Nacherhebung des Bundesprogramms „Aktiv im Alter“

Silke Marzluff/Susanne Kern, Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung

Spiegelung der Evaluationsergebnisse unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Städtetags BW zur Bürgermitwirkung in der Kommunalpolitik

Prof. Dr. Ralf Vandamme, Hochschule Mannheim

Vorstellung des Heidelberger Wegs: Leitlinien für Mitgestaltende Bürgerbeteiligung

Joachim Hahn M.A., Amtsleiter Amt für Stadtentwicklung und Statistik der Stadt Heidelberg

Blick auf Strukturen: Wie funktioniert Beteiligung von Älteren in Kommunen?

Heinz Blaumeiser, Alter und Planung GnbR, Wien

10.15 – 10.25 Uhr DMax Streetdance

10.25 – 11.45 Uhr Beteiligung vor Ort – Handlungsstrategien für die eigene Praxis

11.45 – 12.00 Uhr Pause

12.00 – 12.30 Uhr Zusammenführung der Diskussionsergebnisse im Plenum

12.30 – 13.30 Uhr Podiumsdiskussion

Spielarten und Bewertungen des Themas Beteiligung Älterer in Kommunen

Dr. Irene Vorholz, Beigeordnete für Soziales und Arbeit des Deutschen Landkreistages

Rudolf Kast, Vorsitzender des Vorstands des Demografie Netzwerkes (ddn)

Dr. Gertrud Zimmermann, Ministerialrätin a.D., BMFSFJ

Volker Kieber, Bürgermeister der Gemeinde Gottenheim

Moderation: Prof. Dr. Thomas Klie, Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung

13.30 Uhr Mittagessen und Ende der Veranstaltung

Donnerstag, 11. Oktober 2012

Begrüßung



Mit dem ersten Grußwort wandte sich Herr Christoph Linzbach vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend an die Teilnehmer/innen und leitete sogleich ins Tagungsthema ein. Der Wunsch nach mehr und besserer politischer Beteiligung im Zusammenhang mit dem demographischen Wandel hat uns Herrn Linzbach zufolge die Augen geöffnet, wie wichtig die Einbeziehung der älteren Generation in die Zukunftsgestaltung der Kommunen ist.

Gleichzeitig sieht er die Notwendigkeit, die verschiedenen Akteure nicht nur mehr zu beteiligen, sondern auch die Anforderungen der Organisation von traditionellem sozialen Engagement nicht aus dem Blick zu verlieren, damit es Raum und Möglichkeit zur Weiterentwicklung hat. Ohne Frage brauche eine moderne Beteiligungs- und Mitverantwortungskultur eine ausreichende Infrastruktur und Knotenpunkte, wo die Akteure vor Ort selbst darüber entscheiden können, wie sie ihre Rolle als Bürger interpretieren. In diesem Zusammenhang betont Herr Linzbach die immer bedeutender werdende Rolle von Unternehmen und Stiftungen als Unterstützer und Förderer von bürgerschaftlichem Engagement, die mit der Verabschiedung der nationalen Engagementstrategie der Bundesregierung unter dem Stichwort „Corporate Citizenship“ hervorgehoben wurden. Daneben lobt er das Programm „Aktiv im Alter“, das im Rahmen der Tagung eine besondere Rolle spielt, weil es ausdrücklich die Partizipation älterer Menschen vor Ort, in ihrem eigenen Umfeld initiieren soll und als Programm des Bundesministeriums Impulse setzen und langfristig die Fortführung der Aktivitäten in die Hände des jeweiligen durchführenden Akteurs legen konnte.

„Die Gesellschaft braucht starke Kommunen!“ Mit diesem Satz lässt sich die Begrüßungsrede von Frau Ursula Krickl vom Deutschen Städte- und Gemeindebund auf den Punkt bringen. Damit dieses Ziel erreicht werden kann, müssen sich Bürger/innen und die kommunalen Akteure auf Augenhöhe begegnen und sich im Bezug auf die Teilhabe Älterer vor allem das Denken und die Sprache über das Alter verändern. Zudem sei es Aufgabe der Kommunen, einen stetigen Kommunikationsfluss anzuregen und aufrecht zu erhalten. Denn Transparenz, Zuverlässigkeit und klare Vereinbarungen sind bei dem gesamten Prozess unerlässlich. Die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements muss in Ergänzung zu kommunalem Handeln stehen, wobei die Städte und Gemeinden als Gewährleister fungieren, deren Rolle einer immer neuen Definition bedarf. Frau Krickl betont, dass es dabei keinen Königsweg geben kann, denn die jeweiligen Situationen vor Ort sind sehr unterschiedlich und individuell. Sie hält es deshalb für notwendig, Handlungsoptionen und -strategien selbst zu entwickeln und umzusetzen. Nicht zuletzt trage eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen zu deren Stärkung bei.



Kommune gemeinsam gestalten – Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft im Gespräch

Anneliese Kron, seniorTrainerin Hamburg

Ursula Woltering, Sozialplanerin der Stadt Ahlen und Vorstandsmitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros

Michael Kargus, Lebensmut e.V. Berlin-Lichtenberg

Michael Pelzer, Erster Bürgermeister der Gemeinde Weyarn

Moderation: Prof. Dr. Thomas Klie



Ziel des Auftaktpodiums war die Auslotung der Rollen einzelner kommunaler Akteure sowie deren Interdependenzen. Als erste Rednerin kam Frau Kron, seniorTrainerin aus Hamburg, zu Wort. Nach einer kurzen Beschreibung über ihre konkrete Tätigkeit als seniorTrainerin, verweist Frau Kron im Hinblick auf den demographischen Wandel, dass man Deutschland in Zukunft als Altenrepublik werde bezeichnen können. Sie sieht darin Chancen, warnt aber gleichzeitig, dass aktuell noch ein zu negatives Altenbild herrsche. Frau Woltering

von der Stadt Ahlen, die bekannt ist für wirksames Case Management und ein erfolgreiches freiwilligen Management, führt auf die Frage, was man denn aus Aalen lernen könne als Erfolgsfaktoren auf: die Bürgerschaft in ihrer Vielfalt zum Mitmachen einzuladen und sich für eine Kultur der effizienten Kooperation zwischen Verein und Zivilgesellschaft zu bemühen, die kurze Entscheidungswege öffne und allen Beteiligten Lust und Motivation, bei den Beteiligungsprozessen mitzuwirken.

Der Weyarner Bürgermeister Pelzer zeigte sich optimistisch, dass Kommunalpolitik viele Gestaltungsmöglichkeiten beinhalte. Er betonte, dass für ihn Bürgerbeteiligung und Engagementförderung eine Pflichtaufgabe sei, eine "freiwillige". Er beklagte, dass häufig ein zuviel Bürokratie als Störfaktor produktive und ökonomisch interessante Lösungen verhindere: Man brauche Mut zum Mut in der Verwaltung. Angst und schlechte Erfahrung verhindern die Beteiligungsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, die sich schnell allein gelassen fühlen. Spielregeln seien wichtig, damit Bürgerinnen und Bürger ihre Beteiligung in einem transparenten Verfahren aufgehoben sehen. Darum gäbe es in Weyarn klare Verwaltungsstrukturen, Kompetenzen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und Spielregeln für die Budgets, über deren Verwendung in Beteiligungsverfahren entschieden wird. Damit die angeregten Beteiligungsprozesse kein Strohfeuer sind, hält es Herr Bürgermeister Pelzer zudem für besonders notwendig, schon Kinder in die „Dorfschule Demokratie“ mit einzubeziehen, damit keine demokratischen Leerräume entstehen.

Ein weiterer Aspekt der Wichtigkeit der Bürgerbeteiligung für Verwaltungsebene ist, dass Bürger als „Sensoren“ für Probleme ernst genommen werden müssen, die oft von der Kommunalpolitik unterschätzt oder nicht wahrgenommen würden.

Herr Kargus schließt sich dieser Meinung überzeugt an und macht klar, dass Vernetzung, die Schaffung einer sozialen Infrastruktur, eine große Gesamtaufgabe darstellt. Aus seiner Praxis kann er berichten, dass man Überzeugungskraft und „Kümmerer“ braucht, um im Verwaltungsdschungel bestehen zu können. Seiner Beobachtung nach ist Beteiligung dann stark, wenn sie einen Regierungswechsel übersteht. Dieser Aussage schlossen sich die anderen Podiumsteilnehmer gerne an.

Pause mit DMax

In der Pause wurden die Teilnehmenden von der Streetdancegruppe DMax überrascht. Die zwei Mädchen und Jungs sind Teil des Projekts Break1 der Freiwilligenagentur Wolfenbüttel - und gerade mit dem 12. Platz von einer Weltmeisterschaft zurückgekehrt (<http://break1.de>).



Werkstattgespräch 1: Erhebung der Interessen und Anliegen von Bürger/innen

Hildegard Jöris, Vorsitzende der Bürgergemeinschaft Hillscheid MACH MIT e.V.

Elke Franke, Amtsleiterin Sozialamt Landkreis Havelland

Lydia Müller, Geschäftsführerin der Freiwilligenagentur Kaiserslautern

Moderation: Susanne Kern

Zwei unterschiedliche Herangehensweisen zur Erhebung der Interessen und Anliegen von Bürger/innen waren Gegenstand dieses Workshops. In Kurzreferaten wurden die Ansätze vorgestellt und im Anschluss kurz diskutiert.

1. Wunsch und Punsch – Bürgerbefragung auf dem Markt

Frau Lydia Müller, die Geschäftsführerin der Freiwilligen Agentur Kaiserslautern, stellte das Vorgehen zur Bürgerbefragung in Kaiserslautern vor. Sie wies darauf hin, dass Projektverantwortliche dort hingehen sollten, wo die Menschen sind. So wählten die Verantwortlichen in Kaiserslautern den sogenannten Donnerstagmarkt. Wichtig war dabei, dass die Befragung auf ein bestimmtes Quartier beschränkt war und die befragten Bürger/innen aus diesem Stadtteil kommen. Es sei wichtig, sich vor der Befragung darüber im Klaren zu sein, welche Ziele man verfolgen möchte. Sie wollten mit der Befragung die Medien interessieren, ein Stimmungsbild erhalten, Akteure bekannt machen, mit Bürger/innen ins Gespräch kommen und Verbindungen knüpfen, aber vor allen Dingen in einer angenehmen Atmosphäre Bürger/innen aktivieren. Dabei achteten sie darauf, dass der Gesprächsleitfaden praktikabel, anwenderfreundlich und aktivierend formuliert war. Frau Müller wies dabei auf den Datenschutz hin. Sie betonte zudem, dass es für jede Befragung einer guten Vorbereitung zur Gewinnung der Daten bedarf.

Durch die Befragung konnte eine gute Basis für den Zukunftsworkshop gelegt, Verbindungen geknüpft und ein Zugang zu freiwilligem Engagement geschaffen werden. Die ausführliche Präsentation von Frau Müller befindet sich auf der Homepage des zze (<http://www.zze-freiburg.de>).

2. Dorf-Café Hillscheid – Ideensammlung mit der Methode des Worldcafé

Frau Hildegard Jöris, Vorsitzende der Bürgergemeinschaft Hillscheid MACH MIT e.V., stellt ihre Herangehensweise zur Interessenserhebung in Hillscheid vor. Dort stellte man sich die Frage, wie Beteiligung vor Ort gelingen könne. Die lokalen Akteure entschieden, sich an der Methode des Worldcafé zu orientieren. Um möglichst viele Bürger/innen zum „Mitmachen“ zu gewinnen, haben sie zu einem Dorf-Café eingeladen. Die Themen wurden vorgegeben und die Methode den Teilnehmenden vorgestellt. Wichtig war Frau Jöris und ihren Kolleg/innen, dass die Bürger/innen auf eine angenehme Atmosphäre stoßen und sich wohl fühlten. Sie sorgten beispielsweise dafür, dass niemand schreiben musste, der nicht schreiben wollte oder das jeder über das reden konnte, was der/diejenige wollte. Als Ergebnis hielt Frau Jöris fest, dass das Angebot sehr gut genutzt wurde, die Teilnehmer/innen sich nicht überfordert fühlten und eine Aktivierung der Bürger/innen in Hillscheid gelungen sei. Positiv aufgenommen wurde, dass die Ergebnisse aus dem Dorf-Café direkt im Anschluss vorgestellt wurden. Die ausführliche Präsentation von Frau Jöris befindet sich auf der Homepage des zze (<http://www.zze-freiburg.de>).

In der anschließenden Diskussion ging es unter anderem um den Umgang mit den Ergebnissen solcher Aktivierungsaktionen. Es wurde die Sorge geäußert, dass die Ergebnisse nicht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Als Diskussionsergebnis ergab sich, dass die Resultate veröffentlicht werden sollten, möglichst mit einer Begründung wieso einzelne Vorhaben nicht weiter verfolgt werden können. In diesem Zusammenhang wurde die Notwendigkeit eines passenden Erwartungsmanagements deutlich: Die Verantwortlichen, meist

von kommunaler Seite, sollten zu Beginn der Aktivierung erläutern, welcher Mitwirkungsspielraum besteht, damit möglichst wenig Enttäuschungen entstehen.

Bei der Diskussion zeigte sich auch, dass es für die Aktivierung von Bürger/innen nicht immer „die“ passende Methode gibt, sondern dass sie auf Ziel und Zielgruppe abgestimmt sein sollte. Es sollten verschiedene Methoden in Betracht gezogen werden, die dann vor Ort individuell Anwendung finden sollten.

Hierbei gab es auch einen Exkurs zur Frage wie Menschen mit Migrationshintergrund angesprochen werden könnten. Die Empfehlungen hierzu lauteten: kultursensibel einladen, z.B. bestimmte Tage meiden; die Zielgruppe vorab aufsuchen, z.B. Moschee; wenn Moderation notwendig ist, diese mit einem Moderator/in aus dem jeweiligen Kulturkreis besetzen; individuelle Ansprache wählen.

Zum Abschluss des Werkstattgesprächs formulierte eine Teilnehmerin ihre Erfahrungen zur Aktivierung von Bürgern so: „Nicht so kopflastig arbeiten, sondern gemeinsam etwas gestalten!“

Werkstattgespräch 2: Herausforderungen und Chancen des demographischen Wandels

Gerhard Kiechle, Vorstandsmitglied Bauverein Breisgau e.G.

Dr. Herbert Jochum, Vorsitzender des Beirates der August Faller KG Waldkirch

Reinhard Metsch, LEADER Aktionsgruppe Südschwarzwald

Moderation: Prof. Dr. Thomas Klie

1. Rolle der Wohnungswirtschaft?

Im ersten Beitrag kam Herr Kiechle als Vorstandsmitglied der Wohnungsgenossenschaft Bauverein Breisgau e.G. zu Wort. Er berichtete über die Fortschritte des Bauvereins im Hinblick auf den Ausbau von Angeboten zum Mehrgenerationen-Wohnen in Freiburg. Auf die Frage, wie man auch an anderen Standorten Bauträger und Mieter zu einer Kooperation bewegen könne, war die allgemeine Meinung, dass die Interessenten im Wohnungsbau, vor allem, wenn es um die Frage von Kosten und Zuschüsse ginge, selbst aktiv werden müssten. Denn eine Einmischung von „außen“ wird oft als Zwang angesehen. Herr Kiechle berichtete, dass hier Überzeugungsarbeit geleistet werden müsse. Es habe sich aber gezeigt, dass die Hürden in den meisten Fällen zu meistern seien.

2. Verantwortung von Unternehmen?

Herr Dr. Jochum stellte die Arbeit der August Faller KG in Waldkirch vor. Seiner bisherigen Erfahrung nach geht es bei Beteiligung stets darum, den Anstoß zu wagen – die Resonanz würde folgen. Aus den verschiedenen „Anstößen“ und der Zusammenarbeit mit z.B. Vereinen und der August Faller KG seien so unsichtbare Netzwerke entstanden, auf die nun jeder zurückgreifen könne. Zur Schaffung und Aufrechterhaltung dieser Netzwerke seien „Kümmerer“ und „Lokomotiven“ notwendig, eine Netzwerkgruppe, im Idealfall aus Akteuren vieler verschiedener Gruppen besteht.

3. Maßnahme zur Zukunftssicherung des ländlichen Raums

Von einer Möglichkeit, wie man dem demografischen Wandel in ländlichen Gebieten begegnen könne, berichtet Herr Metsch, Mitglied der LEADER Aktionsgruppe Südschwarzwald. Er bezog sich auf das Dorfladen-Projekt in einer kleinen abgelegenen Gemeinde im Schwarzwald, die massiv durch den Rückgang der wirtschaftlichen Infrastruktur im Ort von Abwanderung gefährdet war. Er stellte Rückblickend fest, dass es eines gewissen Leidensdrucks bedürfe, damit die Menschen aktiv würden. Als die letzte Einkaufsmöglichkeit im Ort geschlossen wurde und die nächste Möglichkeit zum Einkaufen in vielen Kilometern Entfernung lag, wurde von einer Bürgerinitiative die Idee eines eigenen, unabhängigen Dorfladens realisiert. Dieser wird inzwischen sehr erfolgreich von ehrenamtlichen Helfern geführt und hat sich zu einem sozialen Treffpunkt der Gemeinde entwickelt.

Die einzelnen Beispiele zeigen, dass ein Wechsel der Kultur des Umgangs mit Verantwortlichkeit nötig ist. Nur so kann man von der bloßen Versorgung zur Mitverantwortung von Bürger/innen gelangen.

Werkstattgespräch 3: Bürgerbeteiligung und Verwaltung

Robert Erasmy, Stadt Mannheim – Fachbereich Rat, Beteiligung und Wahlen

Prof. Dr. Ingrid Dörrer/Dipl. Ing. Hans-Joachim Schröder, Konversion Mannheim, Zukunftslotsen

Arno Thomas, Leiter der Sozialabteilung der Verbandsgemeinde Nastätten

Moderation: Prof. Dr. Ralf Vandamme

1. Bürgerbeteiligung in der Kommunalverwaltung etablieren: am Beispiel der Stadt Mannheim

Als Leiter des Teams Bürgerschaft und Beteiligung der Stadt Mannheim stellt Herr Robert Erasmy (Fachbereich Rat, Beteiligung und Wahlen) den Stellenwert der Bürgerbeteiligung in der Verwaltung und ihre Positionierung dar.

In einem Team stellen Vertreter von weniger artikulierten Gruppen deren Interessensvertretung sicher (z.B. gibt es Kinderbeauftragte). Auch die Vertretung stadtteilbezogener Interessen ist gewährleistet. Es werden sowohl Fachbereiche als auch der Bürgermeister hinsichtlich der Umsetzung von Vorhaben mit Bürgerbeteiligung beraten, Prozesse moderiert und Evaluationen durchgeführt. Großer Wert wird auf den Erfahrungsaustausch innerhalb der Verwaltung, beispielsweise hinsichtlich der Ansprache von Zielgruppen, Methoden etc. gelegt.

2. Konversion in Mannheim – Zukunftslotsen als ehrenamtliche Moderatoren

Als aktive Zukunftslotsen stellen Frau Prof. Dr. Ingrid Dörrer und Herr Dipl. Ing. Hans-Joachim Schröder dieses Projekt zur Planung der Konversionsflächen vor. In Mannheim steht eine Fläche von 510 Hektar Konversionsfläche zur Verfügung (ehemalige amerikanische Stützpunkte). Zur Planung wurde ein Konversionsbüro gegründet und ein großer Bürgerbeteiligungsprozess gestartet. Der Prozess ist langfristig angelegt – er begann bereits vor 1,5 Jahren und mit weiteren 3 Jahren wird geplant.

In dem Prozess der 1.000-Ideen wurden zunächst Vorschläge der Bürger/innen Mannheims gesammelt. Anhand dieser Bürgerideen kristallisierten sich fünf Schwerpunkte heraus: Wohnen, Grün, Kultur und Arbeitshilfe, Ingenieursmeile, Energie und energieeffizientes Bauen. Die Auswahl der Zukunftslotsen erfolgte zunächst über das Losverfahren, später nach Expertise. Die Altersverteilung ist sehr gemischt. Als wichtigste Voraussetzung galt die Neutralität – es durften also keine Nutzungsinteressen vorliegen. Die Zukunftslotsen (18 engagierte Bürger aus verschiedenen Stadtteilen) moderieren den Prozess in den Arbeitsgruppen (unter Beteiligung von Experten) entsprechend der herausgearbeiteten Schwerpunkte und sind die Schnittstelle zwischen den Bürger/innen und der Verwaltung. In den Arbeitsgruppen werden bereits bestehende ortsansässige Initiativen einbezogen. Die Ideen aus den Arbeitsgruppen (inkl. Finanzierungsideen) werden an die Konversionsgruppe weitergeleitet, diese übermitteln sie an die Verwaltung.

Der Gemeinderat in Mannheim ist den Prozessen gegenüber positiv eingestellt. Die 1.000-Ideen-Aktion wurde in einem Eckpunktepapier festgehalten und der Gemeinderat hat darüber entschieden. Auch im weiteren Prozess besteht immer eine Rückkopplung mit dem Gemeinderat, welcher immer das letzte entscheidende Gremium darstellt.

Der Verkauf der Flächen ist generell frei – die Stadt Mannheim hat jedoch ein Vorkaufsrecht, von dem sie Gebrauch machen möchte. Je nach angedachtem Zweck werden Investoren gesucht.

3. Beteiligung ohne Mandat

Als beteiligte Gemeinde bei dem Programm „Aktiv im Alter“ stellte Herr Arno Thomas, Leiter der Sozialabteilung, die Aktivitäten in Nastätten vor. Er beschrieb das Vorgehen mit der 1.000-Wünsche-Box, welche zu guten Vorschlägen aus der Gemeinde führte. Die schnelle Umsetzung kleiner Maßnahmen sei ausgesprochen wichtig, berichtet Herr Thomas.

In der Seniorenarbeitsgemeinschaft, welche 4x jährlich und nach Bedarf außerplanmäßig tagt, beteiligen sich nicht nur Senioren aus Nastätten sondern auch aus dem Umland.

Als derzeit laufende oder bereits abgeschlossene Projekte wurden folgende genannt:

- Überprüfung der Spielplätze auf Barrierefreiheit
- Geschäfte mit Stufen zum Eingang mit Klingel ausgestattet (z.B. für Rollstuhlfahrer)
- Einkaufsservice (Auch Bekleidungsgeschäfte liefern und ermöglichen eine Anprobe im eigenen Zuhause)
- Ruftaxi (wird aktuell eingerichtet)

Als Leiter des Teams Bürgerschaft und Beteiligung der Stadt Mannheim stellt Herr Robert Erasmy (Fachbereich Rat, Beteiligung und Wahlen) den Stellenwert der Bürgerbeteiligung in der Verwaltung und ihre Positionierung dar.

In einem Team stellen Vertreter von weniger artikulationsstarken Gruppen deren Interessensvertretung sicher (z.B. gibt es Kinderbeauftragte). Auch die Vertretung stadtteilbezogener Interessen ist gewährleistet. Es werden sowohl Fachbereiche als auch der Bürgermeister hinsichtlich der Umsetzung von Vorhaben mit Bürgerbeteiligung beraten, Prozesse moderiert und Evaluationen durchgeführt. Großer Wert wird auf den Erfahrungsaustausch innerhalb der Verwaltung, beispielsweise hinsichtlich der Ansprache von Zielgruppen, Methoden etc. gelegt.

Diskussionsthemen:

Begrifflichkeit der Bürgerbeteiligung

Der Begriff der Bürgerbeteiligung droht zu verwischen. Es sollte mehr darunter verstanden werden, als dass Bürger eine Rückmeldung zu Beschwerden oder Wünschen erhalten.

Konflikte in der Bürgerbeteiligung

Eine Kompromissfindung bei bestehenden Konflikten ist häufig ein langer Prozess, der meist nur mittels Mediation zu lösen ist. Zur Verhinderung von Konflikten bietet es sich an, die Bürger möglichst frühzeitig einzubeziehen und einzelne Schritte offen zu legen, auch wenn einzelne Punkte noch nicht gänzlich geklärt sind.

Zeitaspekt der Prozesse

Prozesse benötigen einen sehr langen Zeitraum. Hierdurch kann es dazu kommen, dass sich beispielsweise innerhalb von fünf Jahren ein Wechsel der Bürgerinteressen vollzieht.

Transparenz

Es ist von außerordentlicher Wichtigkeit, dass Bürgerbeteiligungsprozesse transparent angelegt sind. Die Bürger müssen zu jeder Zeit wissen, wo sie sich wie beteiligen können. Als Beispiel wird der Leitfaden der Bürgerbeteiligung in Filderstadt genannt.

Wünschenswertes der Inputgeber

- Konkrete Definition von Bürgerbeteiligung
- Aushandlung unterschiedlicher Instrumente
 - Welche Rolle können die Bürger übernehmen
 - Förderung und Verankerung von zivilgesellschaftlicher Beteiligung

- dem Bürgermeisteramt angegliederte Stelle/Zugänge zu unterschiedlichen Fachbereichen schaffen (kann nur über gute Erfahrung und nicht durch eine Dienstanweisung erfolgen)
- größere Beteiligung der Bürger (auch direkte Aktivitäten)
- offene Sichtweise der Bürger ohne Scheuklappen
- sich nicht auf dem Engagement anderer Bürger ausruhen

Workstattgespräch 4: Förderung des Miteinanders der Generationen

Irene Armbruster, Geschäftsführerin Bürgerstiftung Stuttgart

Inge Hafner, Altenhilfefachberatung-/Planung, Esslingen

Bärbel Fabig, Abteilungsleiterin für Senioren und Soziale Dienste beim Amt für Soziales und Senioren der Stadt Heidelberg

Moderation: Silke Marzluff

Drei unterschiedliche Herangehensweisen zur Förderung des Miteinanders der Generationen sind Gegenstand dieses Workshops gewesen. In Kurzreferaten wurden die Ansätze vorgestellt und im Anschluss noch diskutiert.

1. Einbeziehung von Beteiligungsformen in Einrichtungen für Ältere – Runder Tisch Stuttgart

Irene Armbruster stellte ein Konzept vor, das die Bürgerstiftung Stuttgart ab Herbst 2012 erproben wird: In vier Alteneinrichtungen, die sich für die Teilnahme beworben haben, werden sogenannte „Runde Tische“ zur Erarbeitung von Beteiligungsstrukturen in Alteneinrichtungen eingeführt. Dabei werden Mitarbeitende, Bewohner/innen und Ehrenamtliche in Pflegeheimen genauso einbezogen, wie Angehörige und Menschen aus der Nachbarschaft. Der Zweck ist zum einen, für die teilnehmenden Einrichtungen neue Beteiligungsprozesse zu erproben mit dem Ziel mehr Lebendigkeit in den Einrichtungen zu kreieren. Zum anderen sollen die Prozesse übertragbar sein, so dass andere Einrichtungen von den hier gemachten Erfahrungen profitieren.

2. Drittes und Viertes Lebensalter – Volunteers engagieren sich in der Altenhilfe

Inge Hafner, Altenhilfefachberaterin im Landkreis Esslingen, präsentierte das langjährig erfolgreich praktizierte Volunteersmodell des Landkreises. Mitte der 90er Jahre wurde das Thema Ehrenamt im Landkreis mangels Nachwuchs für Seniorenkreise und Begegnungsstätten virulent. In einem ein Jahr dauernden Prozess wurde die bisherige Praxis überdacht und nach neuen und zeitgemäßerer Ansätzen gesucht. Als Ergebnis wurden die 1995 aus den USA übertragenen Volunteers-Grundsätze überarbeitet, die sich seitdem in der Praxis bewährt haben.

Bei den Volunteers-Grundsätzen stehen Freude und Sinnstiftung für die Engagierten im Mittelpunkt und nicht der notwendige Bedarf bürgerschaftlichen Engagements aufgrund wegfallender Personalstellen. Um die ideellen Aspekte zu betonen, wird kein finanzieller Gewinn durch Engagement ermöglicht, der Profit liege auf der Ebene von Glück in der Gemeinschaft, sicheren Alltagsstrukturen sowie der Sinn-Erfahrung der Volunteers. Um Menschen längerfristig für ein Engagement zu motivieren, bedürfe es entsprechender Rahmenbedingungen, wie klaren Aufgabenbeschreibungen, Mitgestaltungsmöglichkeiten, eine sorgfältige Einführung und kontinuierliche Begleitung, verbindliche zeitliche Vereinbarungen, Anerkennung und die Möglichkeit ohne schlechtes Gewissen auch wieder gehen zu können. Die Hauptamtlichen, die für die Arbeit mit Volunteers zuständig

sind, müssten dies wollen und können und über entsprechende zeitliche Ressourcen verfügen. Auch Träger, die mit Volunteers arbeiten, sollten dies wirklich wollen, entsprechende Hauptamtliche zur Verfügung stellen, Angebote entwickeln, finanzielle Mittel für Auslagenersatz und Fortbildungen bereitstellen und geeignete Formen der Anerkennungskultur schaffen.

(Volunteers Grundsätze zum Download unter:

http://www.esslingen.de/Lde/start/es_themen/Volunteers+_MP_.html)

3. Intergenerationelle Projekte im Kontext dezentraler offener Einrichtungen für ältere Menschen

Bärbel Fabig, Abteilungsleiterin für Senioren und Soziale Dienste beim Amt für Soziales und Senioren der Stadt Heidelberg, stellte einige intergenerationelle Projekte der Stadt Heidelberg vor, die im städtisch getragenen Seniorenzentrum der Stadt realisiert worden sind:

- Paten-Oma-Projekt: Leihomas seien nicht als Ersatz für eine professionelle Begleitung von Familien zu verstehen. Ihr wesentliches Ziel liege in der Stiftung von Beziehung – für ältere Menschen und junge Familien. Eine längerfristige Bindung sei angestrebt. Bei der Vermittlung unterstützt das Seniorenzentrum und die Kennenlernetreffen finden jeweils in den Räumlichkeiten des Seniorenzentrums statt. Danach entscheiden die potentielle Leihoma sowie die Familien, ob sie eine Kooperation aufnehmen wollen. Hierbei wird eine kleine Aufwandsentschädigung von Seiten der Stadt gewünscht, maximal in Höhe von 5 Euro/Stunde. Im Laufe der Zeit regeln die Paten-Tandems dies selbst – in einigen Fällen ist ein dauerhafter Familienanschluss entstanden und sogar Feste werden gemeinsam begangen. Die Paten-Omas treffen sich regelmäßig zum Erfahrungs- und Ideenaustausch und Fortbildungen. Positiv ist der hohe Nutzen für alle Beteiligten und die Förderung von Kontakten zwischen Alt und Jung. - Leih-Opas werden theoretisch auch vermittelt, jedoch finden sich (bislang) kaum Interessenten.
- Kunstprojekt mit Seniorenzentrum und Grundschule: In einem Kunstprojekt haben Ältere und Jüngere gemeinsam über mehrere Monate zusammengearbeitet – und sind sich darüber näher gekommen. Das von einem Künstler betreute Projekt hat zu Beginn Raum für ein Kennenlernen gegeben. Bei Treffen in der Grundschule sowie im Seniorenzentrum haben die Teilnehmenden erst eigene Kunstwerke gefertigt und im Laufe des Projekts gemeinsame Werke erstellt – einige von ihnen sind heute noch im Seniorenzentrum der Stadt zu sehen. Eine Evaluation hat ergeben, dass sich mit dem Projekt die Generationen erfolgreich näher gekommen sind und voneinander gelernt haben, gegenseitige Unterstützung selbstverständlicher wurde und der Respekt voreinander zunahm.

Intergenerationelle Projekte haben sich bewährt und werden in unterschiedlicher Form weiterhin praktiziert. Ebenfalls bestehen Schulpatenschaften von Älteren für Schüler/innen, Handykurse von Jugendlichen für Ältere.

Im Workshop hat sich gezeigt, dass die Möglichkeiten für intergenerationelle Projekte breit gefächert sind und vieles sich bewährt und deshalb die Realisierung an weiteren Orten lohnt. Wichtig ist immer, wenn Engagierte bzw. Volunteers eingesetzt werden, für

diese gute Rahmenbedingungen zu schaffen. Und – wie das geplante Projekt zu Runden Tischen in Einrichtungen für Ältere zeigt – nach neuen Wegen zu suchen, wie ältere und hochaltrige Menschen aktiv beteiligt und eingebunden werden können und auch hier für adäquate Strukturen in Einrichtungen zu sorgen.

Freitag, 12. Oktober 2012

Nachhaltige Verankerung der Beteiligung Älterer – Ergebnisse der Nacherhebung des Bundesprogramms „Aktiv im Alter“

Silke Marzluff/Susanne Kern, Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze)

Fast zwei Jahre nach Ende der Förderung im Bundesprogramm „Aktiv im Alter“ hat das zze in den vergangenen Monaten eine Nacherhebung zur Nachhaltigkeit der Programmumsetzung durchgeführt. 126 der einst 175 Standorte haben sich beteiligt. Von diesen führen 92% weiterhin Aktivitäten fort, v.a. konkrete Projektgruppen, Arbeitskreise und Gremien. Dabei konnten seit Projektende über 1000 weitere Engagierte gewonnen werden und 342 konkrete Projekte werden fortgeführt bzw. sind seit Ende neu entstanden. Durch die Vielfalt an Aktivitäten ist die Aufmerksamkeit bei Bürgermeister/innen, Kommunalverwaltung, Gemeinderät/innen und der Öffentlichkeit für Themen rund um aktives Alter/n, Engagement und Bürgerbeteiligung gestiegen und die Themen scheinen langfristig auf die Agenda der einzelnen ehemaligen geförderten Kommunen gesetzt worden zu sein. Lokale Bürgerforen haben sich hierbei als besonders geeignete Instrumente erwiesen, die in zahlreichen Kommunen fortgeführt werden. Feste Ansprechpersonen für Engagierte sind ebenfalls eine wichtige Rahmenbedingung für das Fortbestehen von Aktivitäten, genau wie eine gelebte Anerkennungs-kultur.

Spiegelung der Evaluationsergebnisse unter der Berücksichtigung der Empfehlungen des Städtetags BW zur Bürgermitwirkung in der Kommunalpolitik

Prof. Dr. Rolf Vandamme, Hochschule Mannheim

Bis zu diesem Sommer war Herr Vandamme Mitglied des Städtetags Baden-Württemberg und Mitarbeiter an einem Bericht zur Bürgerbeteiligung im Land, dessen Ergebnisse im November vorgestellt werden sollen. In seinem Beitrag gab er vorab einen kleinen Einblick. Für den Bericht wurden Kommunen über die Bürgerbeteiligungsprozesse vor Ort befragt und die Resultate zu einem Steckbrief zusammengeführt. Mit Blick auf diese Daten sei es einer Meinung nach essentiell, dass die Politik in Bürgerbeteiligungsprozessen viel mehr einbezogen und als Partner gesehen werden müsse, denn Bürgerbeteiligung gehöre zum Verwaltungsalltag. Herr Vandamme stellte dazu fest, dass es für die Zukunft notwendig sei, die Verfahren für Bürgerbeteiligung zu vereinfachen. Man solle nicht nur daran denken, was gebraucht würde und was in der Gemeinde gemacht werden müsse, sondern auch wie man den Weg dahin beschreitet.





Vorstellung des Heidelberger Weges: Leitlinien für mitgestaltende Bürgerbeteiligung

Joachim Hahn M.A., Amtsleiter Amt für Stadtentwicklung und Statistik der Stadt Heidelberg

Herr Hahn berichtete über die Strategie, den Bürger/innen und der Verwaltung in Heidelberg die Beteiligungsprozesse für beide Seiten einfacher und „sicherer“ zu machen. In Heidelberg wurden Leitlinien für die Mitgestaltung geschaffen, die nun regelmäßig überprüft und angepasst werden sollen. Es wird dabei darauf geachtet, dass jedem die Mitsprache möglich ist. Herr Hahn stellte heraus, dass Bürgerbeteiligung, wenn Sie glaubwürdig sein sollte, unbedingt ein ergebnisoffener Prozess sein müsse.

Die ausführliche Präsentation von Herrn Hahn befindet sich auf der Homepage des zze (<http://www.zze-freiburg.de>).

Blick auf Strukturen: Wie funktioniert Beteiligung Älterer in Kommunen?

Heinz Blaumeiser, Alter und Planung GnbR Wien

Das Zentrum des Vortrags von Herrn Blaumeiser bildete die Beobachtung, dass die Kommunikation zwischen Bürger/innen, Kommunen, Verwaltung und darüber hinaus (Städtepartnerschaften) viel weiter ausgebaut werden müsse. Zudem sollten Informationen für Bürger/innen so aufbereitet werden, dass jede/r sie verstehen könne und ein Zentrum geschaffen werden, in dem ein Austausch für alle und mit allen möglich sei. Herr Blaumeiser betont, dass dies viele Ressourcen erfordere und man diesen Prozess als Teil der Stadtentwicklungspolitik betrachten und entsprechend ernst nehmen sollte, was sich vor allem in benötigten Zeitbudgets zeige. Die Kommune sei eine Lerngemeinschaft und der Prozess der Bürgerbeteiligung biete die Gelegenheit, etwas zu lernen, ohne zuvor eine Fortbildung besuchen zu müssen. Man lerne viel besser und effektiver vor Ort, in den Strukturen selbst. Er appellierte dafür, dass uns die Demokratie diesen Aufwand wert sein müsse. Die ausführliche Präsentation von Herrn Blaumeiser befindet sich auf der Homepage des zze (<http://www.zze-freiburg.de>).



Die Diskussionsergebnisse im Plenum – Zusammenführung

Um Potentiale und Grenzen von Bürgerbeteiligung und Engagement diskursiv auszuloten, wurde den Teilnehmenden eine Auswahl an Thesen präsentiert. In Kleingruppen diskutierten sechs Gruppen das Für und Wider einzelner Thesen, glichen diese mit eigenen Erfahrungen ab und entwickelten auf dieser Basis konkrete Empfehlungen für die Praxis.

These 1

„Kommunen brauchen eine Engagementplanung, wenn sie weiter auf ein breites bürgerschaftliches Engagement setzen wollen.“

Konsens der Gruppe war, dass das Agieren im Vordergrund stehen müsse und nicht das Reagieren. Nur so sei die Effizienz von Arbeitsabläufen gesichert. Die durch eine Engagementplanung zu schaffenden Strukturen müssten flexibel sein, damit sie ermöglichen können. Dafür seien hauptamtliche Kräfte nötig.

Handlungsempfehlungen: Transparenz schaffen, Informationen weitergeben, regelmäßiger Austausch und Dialog, klare Definition von Zuständigkeiten, sich im Vorfeld Gedanken machen, eine Anerkennungskultur schaffen und eine stabile Finanzplanung.

These 2

„Bei Bürgerbeteiligung sind nicht nur Methoden, sondern vor allem die Haltung der Verantwortlichen entscheidend.“

Werden Methoden als Prozess begriffen, fördern sie Beteiligung und Kommunikation. Wichtig: Die Wahl der Methode bestimmt die Art der Beteiligungsprozesse.

Fazit: Die Synthese von Haltung und Methode ist wichtig, denn jede/r trägt Verantwortung - diese ist somit nicht teilbar.

These 3

„Engagement muss allen Bürger/innen möglich sein.“

Bürgerbeteiligung erreicht nur bestimmte Bevölkerungsgruppen. Was können die möglichen Hindernisse für andere sein? Die Informationen zur Bürgerbeteiligung kommen nicht an, Bürgerbeteiligung ist für alle ein ungewohnter Prozess, Angst/Scham in diesem Prozess nicht bestehen zu können (z.B. mangelnde Sprachkompetenz oder andere Faktoren). Damit die Hürden für eine Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen als möglichst niedrig oder nicht vorhanden empfunden werden können, kommt es auf verschiedene Dinge an: Es muss Transparenz bestehen und klare politische Bekenntnisse vorliegen. Die Strukturen müssen -auch rechtlich- sicher sein. Es müssten alternative Kommunikationsformen erprobt werden und die Sorgen benachteiligter Bürger ernst genommen werden. Ebenfalls möglich sein sollte auch eine sanktionsfreie „Nicht-Beteiligung“. Fazit: Um jeden zu erreichen, müssen Beteiligungsverfahren Raum lassen für Leidenschaft und Emotionen.

These 4

„Aufgrund der Abhängigkeit von staatlicher Förderung sind Akteure im Engagementbereich zahm und beziehen zu selten Stellung. Engagement lebt aber vom Eigensinn.“

Zu Anfang hat sich die Gruppe einige Fragen gestellt, so zum Beispiel, ob die Akteure tatsächlich zahm seien. Dabei konnte die Frage mit „eher ja“ überall dort beantwortet werden, wo Akteure von (Geld-)Gebern abhängig sind (Vereine, Verbände usw.). Treten Bürger/innen selbst als Akteure auf, sind sie seltener zahm, denn sie beziehen überall da Stellung, wo sie sich einsetzen und etwas verändern wollen. Eine Bürgerinitiative muss unbequem sein, damit sie ihr Ziel erreicht. Der Begriff Eigensinn wollte mit der Vorstellung „eigene Ideen einbringen, zum Wohle der Gemeinschaft“ verstanden werden. Einig waren sich alle, dass solche Prozesse moderiert werden müssen, um zu einem bestimmten Ergebnis zu kommen. Dabei müsse gleichzeitig akzeptiert werden, dass dies viel Zeit erfordern könne.

These 5

„Kommunalverwaltungen müssen mehr Beteiligung wollen und können.“

Damit aus dem „Wollen“ „Können“ wird, müssen die Verwaltungsmitarbeitenden weitergebildet und mit einbezogen werden. In ländlichen Gebieten auch die höchste Verwaltungsebene des/der Bürgermeister/in. Auch muss die Jugend mit ins Boot geholt werden. Damit auf allen Seiten eine gewisse Sicherheit herrsche, müssten innerhalb und außerhalb der Verwaltung Strukturen geschaffen werden in Form von Satzungen und/oder Leitlinien.

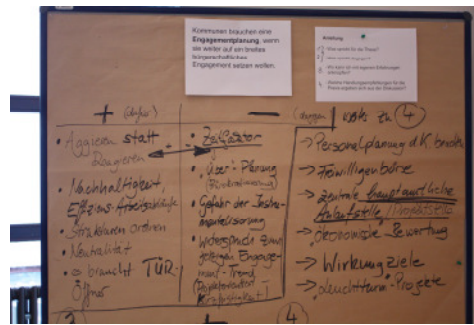
Fazit: Bei aller Diskussion müssen dann aber auch mal Fehler zugegeben werden- ganz unabhängig davon, wie alt man sei.

These 6

„Bürger/innen müssen einen wertschätzenden Umgang mit Konflikten erlernen.“

Konflikte können zwischen verschiedenen Akteuren entstehen. Dabei lässt sich beobachten, dass die Konflikte durch Eskalationen entstehen und die Politik diese fördere. Die Frage nach der Verantwortlichkeit der dann notwendigen Mediation gilt es von Fall zu Fall neu auszuloten.

Fazit: Die Wertschätzung sei immer dem Menschen entgegen zu bringen und nicht den Konflikten.



Abschließende Podiumsdiskussion - Spielarten und Bewertungen des Themas *Beteiligung Älterer in Kommunen*

Dr. Irene Vorholz, Beigeordnete für Soziales und Arbeit des Deutschen Landkreistages

Rudolf Kast, Vorsitzender des Vorstands des Demographie Netzwerks (ddn)

Dr. Gertrud Zimmermann, Ministerialrätin a.D., BMFSFJ

Volker Kieber, Bürgermeister der Gemeinde Gottenheim

Moderation: Prof. Dr. habil. Thomas Klie

Bei der abschließenden Podiumsdiskussion wurde eine Summa über die bei der Tagung diskutierten Spielarten von Beteiligung und Engagement gezogen.

Frau Dr. Zimmermann, Ministerialrätin a.D., berichtete vom Erfolgsrezept des Programms „Aktiv im Alter“. Sie sieht es als herausragendes Ergebnis, dass das Programm nicht mit dem Auslaufen der Förderung endete, sondern von vielen Beteiligten fortgesetzt wurde. Möglich sei das durch das Zusammenspiel von Neu und Alt gewesen; bestehende, alte Strukturen wurden genutzt und im Rahmen dieser neue Ausdrucksformen gefunden. Förderlich war es ihrer Meinung auch, dass nicht zu viel Geld gegeben wurde, sondern nur eine Art „Anschubfinanzierung“. Das scheint die Nachhaltigkeit gefördert zu haben. Es freut sie, dass aus dem Programm so eine große Vielfalt von Aktivitäten und Strukturen erwachsen ist.

Herr Kieber konnte aus der eigenen Praxis als Bürgermeister der Gemeinde Gottenheim ganz konkret berichten, was nötig ist, um die Bürger/innen zu erreichen. Er räumte ein, dass dies in einer kleinen Gemeinde wesentlich einfacher sei, als zum Beispiel in einer großen Stadt. Er fand es zu Beginn seiner Amtszeit zudem hilfreich, als gelernter Forstwirt nicht von vorneherein in das „Verwaltungskorsett“ eingespannt gewesen zu sein und sich viel Zeit genommen zu haben, den Bürger/innen zuzuhören. Zusammen mit Frau Kern vom Zentrum für



zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze) in Freiburg wurde am Anfang eine Zukunftswerkstatt initiiert, aus der acht Bürgergruppen entstanden sind. Die kurzfristigen Projekte wurden sehr erfolgreich abgeschlossen, während die langfristigen auch heute noch, teils mit ganz anderen Beteiligten als zu anfangs, weiterlaufen. Besonders bemerkenswert findet er es, dass sich die Gruppen untereinander vernetzt haben und auch gemeinsam Aktionen planen und durchführen. Er als Bürgermeister ist bei vielem nicht direkt beteiligt und findet es persönlich schwer, wenngleich wichtig, loszulassen und die Verantwortung in die Hände der Bürger/innen zu geben, wie aktuell bei der neuen Gestaltung der Ortsmitte. Zudem wurde ein fester Etat im Haushalt eingestellt, um die Auslagen im Engagement zu decken. Die Bürger/innen haben daraufhin entschieden, dass der Erlös von Veranstaltungen ebenfalls in die „Engagementkasse“ der Stadt für z.B. neue Projekte zurückfließen solle.

Blickt Bürgermeister Kieber auf seine bisherigen Erfahrungen im Engagementmanagement zurück, hält er es für sehr wichtig, dass die Bürger/innen direkte Ansprechpartner haben. Zu diesem Zweck wurde eine Stelle geschaffen, die eng mit dem Bürgermeister kooperiert, um unter anderem Anfragen von Bürger/innen nach spätestens einem Tag beantworten zu können. Um bürgerschaftliches Engagement zu unterstützen, darf nicht zu viel von Seiten der Verwaltung reglementiert werden und es müssten unbürokratische Lösungen gefunden werden, um die Initiative der Bürger nicht zu ersticken.

Dass sich eine Kommune ohne engagierte Bürger nicht mit Leben füllen lässt, stellt Frau Dr. Vorholz zu Beginn ihres Beitrags klar. Dabei sei immer wichtig, dass das Engagement von unten wachsen und eine Gemeinde bereit dazu sein müsse. Die besondere Rolle der Landkreise könne dabei sein, das Engagement in nicht oder nicht sehr aktiven Gemeinden zu initiieren. Bei der Engagementplanung dürfe allerdings nie etwas zur Pflicht gemacht werden, weil ihrer Erfahrung nach sich Bürger/innen schnell eingespannt und ausgenutzt fühlen.

Aufgrund des demographischen Wandels werden die Arbeitnehmer/innen in Zukunft länger im Arbeitsleben stehen als heute. Über die Beteiligung Älterer aus der Sicht der Unternehmen sprach Herr Kast. Er konstatierte, dass diese Erkenntnis in der Wirtschaft erst langsam wachse, weiß aber von positiven Beispielen zu berichten: In einem großen Automobilkonzern etwa wurde in einer Art Feldversuch ein Arbeitsumfeld geschaffen, das speziell auf die Bedürfnisse älterer Mitarbeiter zugeschnitten war. Die Auswertungen, die halbjährlich stattfanden zeigten dabei, dass die Produktivität der älteren Mitarbeiter der der jüngeren in nichts nachstand. Dieses Beispiel soll den Älteren Mut machen, sich nicht als „altes Eisen“ abstempeln zu lassen und den Unternehmen zeigen, dass gerade ihre älteren Mitarbeitenden über unbezahlbares Erfahrungswissen und oft unterschätzte Ressourcen verfügen.

Zum Abschluss bedankte sich Herr Prof. Klie bei allen Anwesenden für die überaus produktiven zwei Tage und sprach die Hoffnung aus, dass die Tagung all denen Mut mache und Ideen und Impulse mitgebe, denen die Zukunft ihrer Kommunen am Herzen liege – und diese als Gestaltungsaufgabe für Politik, Bürgerschaft und Unternehmen sehen: sowohl die inhaltliche Substanz, die vielen Einblicke in die Praxis aber auch die Kultur der Tagung böten Nahrung.

Impressum

Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze)

Silke Marzluff, Susanne Kern

Bugginger Str. 38

79114 Freiburg

Tel.: 0761-47812-431

E-Mail: marzluff@zze-freiburg.de

www.zze-freiburg.de

Redaktion: Franziska Schmid